

# antifa-rundbrief

Informationen der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes –  
VVN – Bund der Antifaschisten LV Schleswig-Holstein e.V.

Nr. 61

Oktober 2008

## Rechte im Kreis Pinneberg rühren sich Nazifahnen in Barmstedt und Zeltlager der NPD-Jugend in Appen

Antifaschisten in Barmstedt (Kreis Pinneberg) trauten ihren Augen nicht: Im Vorgarten eines Hauses in der Straße Spitzerfurth, in unmittelbarer Nähe des Gymnasiums, leuchtete den Passanten eine Nazifahne entgegen. Statt des Hakenkreuzes zeigte die Fahne ein Keltenkreuz. Recherchen von empörten Barmstedtern ergaben, dass es sich um das Symbol der vom Innenministerium verbotenen „Volksozialistischen Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit“ (VSBd/PdA) handelte. In der Verbotsverfügung von 1982 heißt es u.a.: „Die VSBd/PdA ist in Zielsetzung und öffentlichem Auftreten der früheren NSDAP wesensverwandt. Als eine herausragende Vereinigung der existierenden neonazistischen Gruppierungen glorifiziert sie die Ereignisse während des „Dritten Reiches“.... Die Embleme der VSBd/PdA sind denen der NSDAP nachempfunden. Die Fahne gleicht der Hakenkreuzfahne; nur anstelle des Hakenkreuzes steht ein schwarzes Kel-

tenkreuz im weißen Kreis. Das Zeigen dieser Fahne ist nach § 86 a strafbar.“

Die Fahne hing dort einige Zeit, ohne dass Anwohner oder Passanten reagierten. Dann aber empörte sich erst eine Person, anschließend weitere, die sich ebenfalls schon seit einiger Zeit belästigt fühlten und schließlich reagierte auch die Polizei, die den Grundstücksbesitzer zum Einholen der Fahne aufforderte. Dass es sich bei dem Besitzer der Fahne nicht etwa um einen politisch Naiven handelt, wurde kurz nach Aufdeckung des Skandals deutlich: Wieder hisste er an seinem Mast eine Fahne, diesmal das Symbol Pommerns, das außerhalb des Bundeslandes besonders gern von Vertriebenenverbänden gezeigt wird, die im Jargon der neofaschistischen NPD zeigen wollen, „dass Deutschland größer ist als die jetzige Bundesrepublik.“

Die Provokation eines offensichtlichen Sympathisanten der Nazis war in der letzten Zeit kein Einzelfall. In einem Flugblatt eines Antifa-Bünd-

nisses wird festgestellt: „In Barmstedt nehmen Naziaktivitäten zu. Ihr Auftreten wird von Jahr zu Jahr offensiver. Mit Hakenkreuzschmierereien, Aufklebern mit faschistischen Kampfsprüchen an Häuserwänden und anderen sichtbaren Flächen der Stadt sowie den alljährlichen „Vatertags(prügel)-auftritten am Rantzauer See versuchen Neonazis auf sich aufmerksam zu machen. Durch das Tragen bedruckter T-Shirts mit Nazisymbolen und der Durchführung einer Infotischaktion Ende August in der Barmstedter Innenstadt, an der Mitglieder des NPD-Landesvorstands teilnahmen, wollen sie in den öffentlichen Raum unserer Stadt vordringen.“

Sowohl der Infotisch der NPD als auch das Hiszen der Nazifahne blieben nicht ohne Gegenantwort. Mehrere Barmstedter Antifaschisten, überwiegend jüngere Menschen, zogen mit einem großen Transparent vor das Grundstück an der stark befahrenen Straße Spitzerfurth. Darauf konnte





Fahne mit Keltenkreuz in Barmstedt

jeder lesen: „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.“ Ein Redner mahnte: „Den Neonazis darf kein Raum geboten werden, ihr menschenverachtendes Gedankengut zu verbreiten. Nächstes Mal werden mehr Menschen hinsehen und handeln.“

Ebenso entsetzt wie die Barmstedter Bürger waren im Spätsommer Anwohner des Baggersees in der Gemeinde Appen im Kreis Pinneberg. Dort veranstaltete die NPD ein Zeltlager, hisste als sichtbares Zeichen die NPD-Fahne und spielte Musik von Nazi-Musikgruppen ab. Einige Bürger berichteten sogar von Waffenübungen am Lehmweg auf dem Gelände der früheren Heydornschen Kieskuhlen.

Die herbei gerufene Polizei stellte fest: „Die zehn jungen Männer und Frauen haben sich als NPD-Anhänger zu erkennen gegeben“. Die Streifenwagenbesatzung der Polizei forderte nach Aussagen des Polizeisprechers die Truppe auf, die Versammlung bis 18 Uhr aufzulösen. Doch das geschah nicht. Im Gegenteil: die NPD-Anhänger setzten mit einem Schlauchboot zum anderen Ufer des Sees über, um die dortigen Badegäste zu bedrohen, unter denen sie „Denunzianten“ vermuteten.

Als die Polizei um 20 Uhr erneut die Kieskuhle besuchte, fand sie, dass von Abbruch keine Spur zu sehen war, vielmehr hatten die NPD-Anhänger ihre Aktivitäten sogar verstärkt, indem sie Feuerholz für ein Lagerfeuer aufgeschichtet hatten. Als die Polizeibeamtinnen und Beamten die Personalien

der Nazis feststellen wollten, weigerten sich ein 22-Jähriger aus Halstenbek sowie eine junge Frau aus Hamburg. Polizeisprecher Frank Lassen berichtete: „Die Beiden traten die Beamten mit Füßen, beschimpften und bissen sie sogar.“ Das Lager wurde schließlich aufgelöst. Alarmiert zeigte sich der Ortsvorsitzende der SPD. Er forderte „Verwaltung, Politik und Polizei müssen Konsequenzen prüfen. Wir müssen gemeinsam handeln, bevor Appen zu einem Wehrübungsplatz für Nazis wird.“

Der Staatsschutz untersucht seit August eine Bombendrohung in Borstel -Hohenraden (Kreis Pinneberg), die über das Internet verbreitet wurde. Tatsächlich wurde hinter dem Lokal, in dem eine Abschiedsfeier für den ausgeschiedenen Bürgermeister Ulrich Dehn (CDU) stattfinden sollte, ein Kanister und Zünder gefunden, die vom Munitionsräumdienst aus Kiel unschädlich gemacht wurden. Der Absender der Drohung kam aus dem sächsischen Radebeul. Vermutet aber wird eine Tarnung des Absenders, so dass der Fall dem Staatsschutz in Itzehoe übergeben wurde.

Lebhafte Diskussionen im Kreis Pinneberg löst zur Zeit der Versuch von politisch rechten Kräften aus, in Haseldorf ein „Midgard-Dorf“ zu errichten. Die Fraktionen in der Haseldorfer Gemeindevertretung lehnten einen entsprechenden Antrag zwar ab, doch die Versuche, in diesem ländlichen Raum Fuß zu fassen, halten an. Der Umweltverein Midgard e.V. wurde im Jahre 2006 in Frontenhausen (Niederbayern) gegründet. Vereinsvorsitzender Christoph Hofer ist NPD-Bezirksvorsitzender Rottal-Inn. Schatzmeister des Vereins ist Hans-Günter Laimer aus Reisbach, der 2003 für die NPD in Passau-Land zu den Bezirkswahlen

kandidierte. Als Schriftführerin taucht der Name Bertild Haese auf, Ehefrau des früheren niederbayrischen NPD-Chefs Peter Haese.

Der Verein „Midgard“ gibt eine Zeitschrift heraus, Einer ihrer Autoren ist Sascha Roßmüller, stellvertretender NPD-Bundesvorsitzender. Für die Zeitschrift schreibt auch Rechtsanwalt Klaus Sojka, ehemaliger DVU-Funktionär aus Schleswig-Holstein, der im NPD-Verbotsverfahren zu den Anwälten der Partei gehörte.

Einer der Mitinitiatoren des Midgardvereins in Haseldorf ist Wolfram Rittker, der 1997 zu den Gründern der Deutschen Partei in Hamburg gehörte.

Das Mittelalter hatte in der Nazizeit bereits ideologisch eine Rolle gespielt. Es fand sich auch in den Nazisymbolen wieder. Die antifaschistische Zeitschrift „Der rechte Rand“ zitiert aus dem Satzungszweck des Vereins Midgard e.V.:

„Zweck des Vereins ist die Förderung des Umweltschutzes, des Tierschutzes und des Heimatschutzes.“ Vereinsvorsitzender Christoph Hofer gab in einer Website seines NPD-Kreisverbandes zu erkennen, wes Geistes Kind er ist: „Es gibt außer Schwulen, Lesben, Ausländern und Juden auch noch (die Betonung liegt auf noch) normale Deutsche in diesem Land, welche auch etwas Unterstützung von Seiten der Politik vertragen könnten.“

In Haseldorf sind die Kommunalpolitiker zu Recht misstrauisch. Einer der Mahner, den rechten „Umwelt- und Heimatschützern“ nicht auf den Leim zu gehen, ist der SPD-Landtagsabgeordnete Thomas Hölck, den die Rechten deshalb öffentlich scharf angreifen.

Ihm gebührt in dieser Auseinandersetzung Unterstützung und Solidarität.

*Günther Wilke*

### **Einladung zur Nordkonferenz am 20. - 22. Februar 2009 in Heideruh**

- ◆ „Frauen in der rechten Szene“ mit Rena Kenzo, Hamburg
- ◆ „Außen- und Sicherheitspolitik der extremen Rechten“ mit Fabian Virchow
- ◆ Antifaschistische Arbeit in den nördlichen Bundesländern

Kosten: Freitag -Sonntag: 85 Euro  
Samstag/Sonntag: 56 Euro  
Nur Samstag: 18 Euro

Anmeldung bis 2.2.2009 bei Lore Meimberg, Tel. 04543 - 7107,  
mail: LoBeMeimberg@t-online.de

## Kommentar

# Von Köln lernen

Man könnte eine ganze Zeitung mit Horrormeldungen über das verbrecherische Treiben von Nazis in unserem Lande füllen. Und wir müssen auch immer hart an der Aktualität bleiben, um der Verharmlosung der Gefahren entgegenzuwirken, die von dieser Seite drohen. Wenn bei den Kommunalwahlen in Brandenburg NPD und DVU in 13 von 14 Kreistagen eingezogen sind, wenn auch nicht in Fraktionsstärke, so ist das keine Nachricht, über die wir zur Tagesordnung übergehen werden. Wenn der Zentralrat der Juden in Deutschland 70 Jahre nach der Reichspogromnacht und 63 Jahre nach dem 8. Mai, dem Tag der Befreiung, von 276 Schändungen jüdischer Friedhöfe in Deutschland in fünf Jahren berichtet, müssen wir darüber schreiben. Wir müssen es ernst nehmen, wenn selbst das Bundeskriminalamt seit dem 1. Mai in Hamburg von einer neuen Qualität rechtsextremer Gewalt auf deutschen Straßen spricht.

Aber wir wollen uns auch über die Erfolge von Gegengewalt freuen. Dazu hatten wir Anlass, als ein breites Bündnis im bayrischen Wunsiedel Tausende auf die Straße brachte, die dem braunen Mob in einer solchen Kraft entgegen

trat, dass dieser keine Chance hatte, seine „Heldenverehrung“ für den Führer-Stellvertreter Rudolf Heß zu veranstalten. Wunsiedel gehörte erstmals den Antifaschisten.

Noch eindrucksvoller gelang es am 20. September in Köln, wo sich ein Aktionsbündnis formierte, das in einer bisher einmaligen Weise einen „Antiislamisierungskongress“ der rechtsextremistischen Gruppierung „Pro Köln“ verhinderte. Von den Gewerkschaften, über VVN-BdA, linken Parteien, bis zu den Kölner Jecken unter Einschluss des Oberbürgermeisters Fritz Schrammer wurde nicht nur Gesicht gezeigt, wie bei früheren Lichterketten, sondern gehandelt. Straßen zum Heumarkt, dem Treffpunkt der Nazis, wurden blockiert, Taxifahrer weigerten sich, Nazis vom Bahnhof zum Heumarkt zu fahren, Gastwirte gaben die Losung aus „Kein Kölsch für Nazis“, 50.000 antifaschistische Demonstranten sangen 500 Nazis in die Flucht, Rockmusiker brachten die Nazibarden zum Schweigen, sogar die Bahnen blieben ob der Blockade stehen. Dem Polizeidirektor blieb schließlich nichts anderes übrig, als die Naziaktion zu verbieten, weil die Polizei nicht mehr für Ordnung und Sicherheit garantieren könne.

Solange die NPD und ihre Jugendorganisation nicht verboten sind, so genannte Freie Kameradschaften wei-

ter Menschen fremder Nationalität terrorisieren können, ein ehemaliger Verfassungsrichter wie Schmidt-Riem öffentlich dafür wirbt, das Leugnen des Holocaust nicht mehr unter Strafe zu stellen, sondern als Meinung gelten zu lassen, wird es immer wieder zu Nazi-aufmärschen kommen. Aber wir wissen spätestens seit der großartigen Kölner Gegenaktion, was die Antifaschisten erreichen können, wenn sie breit angelegte Aktionsbündnisse gründen und zum Handeln zusammenfinden. Selbstverständlich bedarf es der täglichen politischen Auseinandersetzung mit der Demagogie der Nazis, die unter „Antiislamisierung“ Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus verstehen, die keineswegs friedliche Ziele verfolgen, wenn sie die Losung ausgeben „Nie wieder Krieg nach unserem Sieg, dem Sieg des nationalen Sozialismus.“ Mit antikapitalistischen Losungen traten auch die Hitlerfaschisten auf, um nach der Machtübertragung den Kapitalisten freie Bahn zu schaffen, die Gewerkschaften zu verbieten und den Wehrwirtschaftsführern unumschränkte Macht in den Betrieben zu verleihen.

Bis zur Schaffung eines antifaschistischen Klimas im ganzen Land ist es noch ein langer Weg. Aber solch Beispiel wie es in Köln gegeben wurde, gibt Mut und Zuversicht.

*Günther Wilke*

## Erinnern um zu lernen – Gedenken um zu verändern

# Vor aller Augen

## Ausstellung mit Begleitprogramm anlässlich des 70. Jahrestages der Reichspogromnacht in Flensburg

13.-31. Oktober Zentrale Hochschulbibliothek – 4.-20. November St. Nikolai-Kirche. Fotodokumente des nationalsozialistischen Terrors in der Provinz.

Zahlreiche Fotos belegen, dass die organisierte Gewalt gegen Minderheiten, politische Gegner und Andersdenkende auch auf den Straßen und Plätzen deutscher Städte stattfand. 100 Fotografien zeigen die Deportation deutscher Juden vor den Augen von Schulkindern und Passanten, das Anprangern und Kahlscheren von Frauen auf öffentlichen Plätzen, Propaganda- und Boykottaktionen von SA und SS gegen jüdische Geschäfte und viele andere Szenen, in denen Menschen vor aller Augen bloßgestellt und gedemütigt, bedroht, verhaftet und abtransportiert wurden.

**Ausstellungseröffnung am 13.10. um 18.30 Uhr Uni-Bibliothek Flensburg. Einführung Prof. Dr. Paul, Flensburg.**

**3. November**, Rathaus, 19.30 Uhr „Jägerslust“. Buchpräsentation von Bernd Philippen. Das Gut wurde in der NS-Zeit als zionistisches Handwerk und Kibbuz und damit als Stätte jüdischer Selbstbehauptung genutzt.

**5. November**, Nikolai-Kirche, 19.30 Uhr Ausstellungseröffnung durch Pröpstin Carmen Rahlfs. Vortrag von Dr. Bettina Goldberg, Historikerin und Lehrbeauftragte an der Uni Flensburg: „Die Zwangsausweisung der polnischen Juden aus dem Deutschen Reich im Oktober 1938“.

**9. November**, Museumsberg Flensburg, 11 Uhr. Gedenkveranstaltung der Stadt Flensburg zum 70. Jahrestag des Novemberpogroms. Vortrag von Bettina Goldberg: „Vom Boykott zum Pogrom – Judenverfolgung in Flensburg während der NS-Zeit“.

**9. November**, Nikolai-Kirche, 17 Uhr Konzert zum Gedenken an den 70. Jahrestag der Reichspogromnacht.

St. Nikolai-Chor, Leitung Michael Mages.

**13. November**, Cafe 50 Plus, Johannis-kirchhof, 10 Uhr. „Als in Flensburg die Bücher brannten“, Vortrag von Bernd Philippen über die Bücherverbrennung vor 75 Jahren.

**13. November**, Bürgerhaus Harrislee, 20 Uhr. Musikalisch-kabarettistische Zeitreise zwischen NS-Zeit und heute mit Gisela Marx. Veranstalter: Gleichstellungsbeauftragte Harrislee und Flensburg. Eintritt 10.- / 7.- Euro

**16. November**, Theaterwerkstatt Pilkentafel Flensburg, 18 Uhr. Liederabend mit der Polit-Folk-Gruppe „ROTDORN“. Lieder gegen Krieg und Faschismus, Songs aus der Arbeiterbewegung und der internationalen Solidarität. Eintritt 8/ 5.-

**17. November**, Nikolai-Kirche, 20 Uhr „Hoffnung säen“. Lesetour mit Sebastian Krumbiegel, mit Stücken von Rio Reiser und Udo Lindenberg.

*Trägerkreis: Ev. Frauenwerk Flensburg, Ev. Jugendwerk Flensburg, VVN-BdA Flensburg.*

# Aus der Geschichte nichts gelernt

## VVN –BdA -Bundesvorsitzende Conny Kerth sprach zum Antikriegstag

„Bundeswehr raus aus Afghanistan“, unter dieser Losung demonstrierte das Hamburger Forum am Antikriegstag 1. September durch die Straßen der Hansestadt. Eine viel beachtete Rede hielt auf der Abschlusskundgebung Cornelia Kerth, eine der Bundesvorsitzenden der VVN-Bund der Antifaschisten. Dabei ging sie auch auf ein historisches Ereignis von großer Tragweite ein: das Münchner Abkommen am 29. September 1938, als die Regierungen von Großbritannien und Frankreich der Besetzung des Sudetenlandes durch Nazi-Deutschland zustimmten

Cornelia Kerth: „Am 10. Oktober 1938 wurde die Wehrmacht von jubelnden Deutschstämmigen empfangen. Hitlers erste Rede im Anschlussgebiet wurde ein triumphaler Erfolg. Sechs Monate nach der Abtrennung des Sudetenlandes marschierten deutsche

Truppen in Prag ein. Unter deutscher Besatzung entstand ein slowakischer Vasallenstaat, dessen Regierung mit den Deutschen kooperierte. Der Rest des Landes wurde zum „Protektorat“ ernannt. Sofort begannen die Verfolgung der jüdischen Bevölkerung und der Terror gegen alles und jeden, der sich den Faschisten in den Weg stellte. Der Name des Ortes Lidice, der nach dem Anschlag auf den Reichsprotektor Heydrich mit der gesamten Bevölkerung ausgelöscht wurde, und Theresienstadt, der Vorhof der Hölle der Vernichtungslager, stehen für die Verbrechen der Faschisten, die sich der Unterstützung der übergroßen Mehrheit der Sudetendeutschen sicher sein konnten.“

Das Münchner Abkommen gab Hitler das Signal, dass der Westen keinen Schlag zu führen gedachte, solange sich die deutsche Kriegsmaschinerie gegen den Osten wandte, stellte Cornelia Kerth fest. Wörtlich: „So war auch der Überfall auf Polen für Nazi-Deutschland und seine Wehrmacht eine risikoarme Operation. Knapp einen Monat nach Kriegsbeginn war

Warschau besetzt. Und auch in Polen wurde das gesamte Terror- und Vernichtungsprogramm vom ersten Tag an umgesetzt. Und wo immer Einwohner aus ihren Häusern, Dörfern, Städten unter Zurücklassung von Hab und Gut deportiert worden waren, zogen deutsche Volksgenossen ein und eigeneten sich an, was sie vorfanden.

Kann es ernsthaft jemanden verwun-



dern, dass nach dem Leid, das die deutschen Herrenmenschen über ihre Mitmenschen gebracht hatten, keiner sie mehr in seiner Nachbarschaft haben wollte?

Die Aussiedlung der Deutschen aus den Ländern, die erfahren hatten, was es hieß, wenn „am deutschen Wesen die Welt genesen“ sollte, war die unmittelbare Konsequenz der Gräueltaten, für die sie mit verantwortlich waren und von denen nicht wenige profitiert hatten.

Wenn nun in Berlin ein „Zentrum gegen Vertreibung“ entsteht, in dem die Aussiedlung dieser mittelbaren und unmittelbaren Täter in eine Reihe mit den Opfern des Vernichtungskrieges und des Holocaust gestellt wird, hat das mit „Lehren aus der Geschichte“ nichts zu tun. Mit „Lehren aus der Geschichte“ haben auch andere Positionen und Stellungnahmen wenig zu tun. Dazu gehören Äußerungen der baltischen Ministerpräsidenten, die die russische Intervention in den von Georgien „abtrünnigen“ Provinzen Abchasien und Süd-Ossetien mit dem Einmarsch der Wehrmacht ins Sude-

tenland vergleichen und ihre NATO- und EU-Mitgliedschaft – die ja schon de facto der alten Einkreisungsstrategie gegenüber der damaligen Sowjetunion entspricht – nutzen, sich als ‚Frontstaaten‘ des demokratischen Europa gegen ein angeblich expansionistisches Russland zu gerieren und Kalte-Kriegsszenarien herbei halluzinieren. Halten wir demgegenüber fest:

Es war der georgische Präsident Saakaschwili, der Truppen nach Südossetien schickte und die Hauptstadt Zchinwali bombardieren ließ. Bundeskanzlerin Merkel reagierte prompt und bot Georgien die sofortige NATO-Mitgliedschaft – und damit militärischen Beistand – an.“

„Die USA betreiben zusammen mit den östlichen ‚Beitrittsländern‘ offene Konfrontation mit Russland. Deutschland und Frankreich haben geostrategische Interessen: Über Georgien und Aserbeidschan wollen sie an die Energiereserven des Kaspischen Raums und Kasachstans gelangen. Auch da stört es, wenn Russland noch ein Bein in der Region hat. Wir meinen: Die territoriale Integrität von Staaten zu schützen und zu respektieren, ist eine notwendige Grundlage jeder stabilen Friedensordnung...“

Internationale Vereinbarungen machen nur dann einen Sinn, wenn sie für alle gelten. Das heißt denn auch: Schluss mit der ‚Verteidigung deutscher Interessen am Hindukusch‘ und anderswo. In diesem Sinn: Bundeswehr raus aus Afghanistan.“

# Gerhard Moss: „Ich habe alles miterlebt“

## 1938 – 2008: zum 70. Jahrestag der Reichspogromnacht

*Gerhard Moss (87) aus St. Peter Ording, Mitglied der VVN-BdA, groß geworden in einer jüdischen Familie in Hamburg, hat den Holocaust überlebt, weil er im Dezember 1938 zusammen mit anderen Kindern und Jugendlichen mit einem sogenannten „Kindertransport“ nach England emigrierte. Es war die letzte Möglichkeit, das faschistische Deutschland verlassen zu können. Noch vor zwei Jahren hat Gerhard Moss in Husum und Elmshorn als Zeitzeuge aus seinen Lebenserinnerungen erzählt. Aus gesundheitlichen Gründen muss er leider heute oft auf die Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen zum 70. Jahrestag der Reichspogromnacht verzichten. Mit seiner Genehmigung drucken wir aber das Manuskript zu diesen Vorträgen ab.*

Ich war 1938 gerade 17 Jahre alt. Meine Eltern fühlten sich immer als gute Deutsche. Deutschland war ihre und meine Heimat. „Jude sein“ war lediglich eine Frage der Religionszugehörigkeit. Wir wohnten im Hamburger Stadtteil Eppendorf und bis zum Jahre 1935 besuchte ich das Heinrich-Hertz-Gymnasium am Schlump. Unser Klassenlehrer unterrichtete in SA-Uniform und schikanierte uns jüdische Schüler so sehr, dass ich es nicht mehr aushalten konnte und meine Eltern mich in die jüdische Talmud-Thora-Schule am Grindelhof umschulen ließen.

Bis zum Jahre 1936 ließ ich als echter HSV-Fan kein Fußballspiel am Rothenbaum aus. Dann wurde Juden der Besuch von Fußballspielen verboten. Auch deutschen Sportvereinen durften wir nicht mehr angehören. Schwimmbäder durften wir nicht mehr betreten. Baden in Hallen- oder Freibädern war uns verwehrt.

Ich erinnere mich an einen Sonntag-nachmittag. Die Familie fuhr zum Kaffeetrinken ins Grüne. Aber wir mussten wieder umkehren. Am Eingang des Lokals hing ein Schild „Juden ist der Zutritt verboten“. Ein Ausflug an die Ostsee endete ähnlich deprimierend. Quer über die Straße gespannt hing ein Transparent „Hier scheint den Juden die Sonne nicht“.

Ich schildere diese kleinen Episoden – es gibt deren viele mehr – um der heutigen jungen Generation einen

kleinen Eindruck zu vermitteln, unter welchen Bedingungen wir damals lebten. All das jedoch verblasste gegen das, was mit den Tagen des 9. November 1938 begann.

Ich arbeitete zu der Zeit als Lehrling im Bekleidungsgeschäft meiner Eltern in der Hamburger Innenstadt. Als ich am Morgen des 10. November aus der Straßenbahn stieg, sah ich eine große Menschenmenge auf die jüdischen Geschäfte Hirschfeld und Robinsohn am Neuen Wall blicken. Stumm standen sie da und schwiegen. Alle Fensterscheiben waren eingeschlagen – daher der verharmlosende Name „Kristallnacht“ – Schaufenster geplündert, nackte Dekorationspuppen im Alsterfleet. Verwirrt von diesem mir unverständlichen Geschehen gelangte ich in unser Geschäft. Kurz darauf kamen Gestapoleute, verhafteten unsere jüdischen Angestellten und fragten nach meinem Vater, der sich bereits sehr krank beim Arzt befand.

Wir bekamen wenig später den Anruf, dass mein Vater im Wartezimmer des Arztes verhaftet worden sei. Er kam ins KZ Sachsenhausen bei Berlin, wo er trotz schwerer Krankheit viele Monate gefangen gehalten wurde. Er starb kurz nach seiner Freilassung an den Folgen der durch Haft und Misshandlung verschlimmerten Krankheit. In der Nacht vom 9. auf den 10. November wurden auch in Hamburg systematisch alle Synagogen in Brand gesteckt oder verwüstet. Mehrere Hundert Juden wurden verhaftet. Unser Geschäft wurde uns weggenommen, sämtliches Vermögen einschließlich des Autos beschlagnahmt und zu Gunsten der Nazis eingezogen.

Meine Mutter musste unsere Wohnung aufgeben und wie alle noch verbliebenen Juden in das „Judenviertel“ am Grindel ziehen. Sie verdiente ihren Unterhalt für ganz geringen Lohn in einer Konservenfabrik in Altona. Meine Mutter musste sich mit weiteren 1034 Juden am 25. Oktober 1941 an der Moorweidenstraße einfinden und sie wurden in Güterwagen ins Ghetto nach Lodz in Polen transportiert. Ich habe sie nie wieder gesehen.

Ich selbst habe überlebt, weil ich im Dezember 1938 mit anderen jüdi-

schen Jugendlichen mit einem sogenannten „Kindertransport“ Hamburg noch verlassen durfte und in England als Emigrant aufgenommen wurde.



Hier lernte ich und viele meiner jüdischen Leidensgenossen erstmals deutsche Menschen kennen, die sich bereits vor 1933 der unheilvollen Entwicklung der Nazibarbarei entgegen gestellt hatten.

Sie erzählten uns von ihrem jahrelangen Kampf gegen die Nazis, von ihrer illegalen Arbeit in Deutschland und ihren Verfolgungen. Sie setzten auch in der Emigration ihren aktiven Kampf gegen Faschismus und Krieg fort. Sie gaben mir und vielen anderen jüdischen Jugendlichen in der Fremde wieder ein Lebensziel. Sie gaben uns den Glauben an ein anderes, ein antifaschistisches und demokratisches, an ein menschliches Deutschland zurück.

So habe ich es als meine Pflicht und Aufgabe empfunden, meinen Eltern gegenüber und allem, was mit dem Begriff „Auschwitz“ verbunden ist, nach der Befreiung Deutschlands wieder in meine Heimat zurückzukehren. Ich versuche seit über 40 Jahren einer neuen Generation meinen Leidensweg und meine Erfahrungen zu vermitteln, damit wir alle gemeinsam die richtigen Lehren aus unserer tragischen Geschichte ziehen. Die Lehren vom 9. November 1938 und von Auschwitz aber heißen:

**Nie wieder schweigen und stumm sein gegen Unrecht und Unmenschlichkeit**

**Widerstand leisten gegen Antisemitismus, Rassismus, Ausländerfeindlichkeit**

**Widerstand leisten gegen alten und neuen Faschismus!**

**Für eine Welt ohne Rüstung und Krieg!**

## Antifaschistisches Sommerfest in Neumünster

Am Sonnabend, den 13.9.2008 fand in Neumünster ein antifaschistisches Sommerfest vor dem Jugendzentrum AJZ (Postparkplatz am Bahnhof) statt. Das Bündnis gegen Rechts (BgR) veranstaltete das Sommerfest unter dem Motto „Schöner leben ohne Naziläden“ und „Titanic versenken“. Die Titanic ist eine Kneipe, dessen Betreiber, bzw. Besucher der rechtsradikalen Szene zuzurechnen sind.

Zu unserem Sommerfest kamen etwa 250 Besucher feierten und tanzten bis 2200 Uhr in den Abend hinein.

Die Gruppen: Clint (Punkrock), Jonny Freedom (Liedermacher), Schall & Rauch (agitakustik) und Detectors heizten den Besuchern ordentlich ein. Außerdem gab es Infostände, vegane Küche und ein Kinderprogramm.

Es herrschte eine gute Stimmung auf diesem Sommerfest.

Einige kritische Anmerkungen zur Vorbereitung des Konzerts muss ich doch machen. Dies Sommerfest wurde etwas kurzfristig in der Sommerpause vorbereitet, so dass viele größere Organisationen, die für Aktionen Vorstandsbeschlüsse etc. brauchen, nicht teilnahmen. Insbesondere türkische Verbände waren in der Sommerpause praktisch nicht ansprechbar, da die Entscheidungsträger meistens im Urlaub in der Türkei waren. Wir hätten uns zwar eine breitere Beteiligung an dem Fest gewünscht, es waren allerdings deutlich mehr Besucher gekommen, als bei Konzerten im AJZ üblich. Das Fest war wirklich nicht schlecht. Wir haben uns im Bündnis gegen Rechts vorgenommen, größere Veranstaltungen in Zukunft langfristiger vorzubereiten und Bündnispartner intensiver anzusprechen.

Dank sorgfältigen Schutzes der Veranstaltung blieben Störungen durch Nazis aus. Dafür möchten wir uns herzlich bedanken. In der Vergangenheit hat es bei fast jedem Konzert in der AJZ Pöbeleien, Angriffe und Überfälle auf Besucher gegeben. Die Übergriffe haben in diesem Jahr deutlich nachgelassen. Wir führen dies auf den über Jahre durchgeführten Schutz der Veranstaltungen im AJZ zurück. Die Nazis konnten mit ihren Provokationen und Übergriffen einfach nicht landen.

Die VVN-Bund der AntifaschistInnen beteiligte sich mit einem Infostand, Spielaktionen und wir verkauften Kaffee und Kuchen. Die Resonanz war ausgesprochen gut, so dass wir unsere Beteiligung als vollen Erfolg werten. *Dr. Heiner Wadde*

## „Ich will gern Multiplikatorin sein“

### Bürgermeisterin wirbt für eine atomwaffenfreie Welt

Aus Anlass des Beitritts der Schenefelder Bürgermeisterin Christiane Küchenhof zur internationalen Initiative „Mayor for Peace“ (Bürgermeister für den Frieden), der sich weltweit bis jetzt rund 2100

Stadtoberhäupter aus 128 Nationen angeschlossen haben, veranstaltete das Friedensnetzwerk des Kreises Pinneberg in der Begegnungsstätte Schenefeld eine Informationsveranstaltung „Für eine atomwaffenfreie Welt“. Unter der Schirmherrschaft der Bürgermeisterin von Hiroshima wollen die Bürgermeister in einer Kampagne erreichen, dass eine internationale Vereinbarung über die Abschaffung aller nuklearen Waffen bis zum Jahre 2020 unterzeichnet wird.

Bis auf den letzten Platz besetzt war der Saal, als Dr. Richter-Fahl (Ärzte gegen Atomwaffen) und Benno Stahn vom Hiroshima-Arbeitskreis Kiel und vom ZAA (Zusammenarbeitsausschuss der schleswig-holsteinischen Friedensbewegung) für eine atomwaffenfreie Welt plädierten.

Schenefelds Bürgermeisterin erläuterte, warum sie sich der Kampagne angeschlossen habe. „Als Bürgermeisterin bin ich auch für die Sicherheit der Einwohnerschaft meiner Stadt verantwortlich,“ sagte Christiane Küchenhof. Als sie gebeten worden sei, der Initiative beizutreten, habe sie es gern getan, um einen Beitrag als Multiplikatorin zu leisten. „Jeder muss an seiner Stelle etwas für dieses große Ziel tun,“ sagte sie. Sie sei damit der Elmshorner Bürgermeisterin Dr. Brigitte Fronzek gefolgt. Ihrerseits wolle sie dafür wirken, dass auch die bei den anderen sozialdemokratischen

Bürgermeisterinnen im Kreis Pinneberg „Mayor for Peace“ werden.

## Die Beschäftigung mit dem Mahnmal hat etwas in uns gepflanzt 10 Jahre Mahnmal Harrislee-Bahnhof

Am 18. September vor 10 Jahren haben die Gemeinde Harrislee und die Arbeitsgruppe „Harrislee-Bahnhof“ am Grenzübergang Harrislee/Padborg ein „Denkzeichen“ errichtet. Es wurde von Schülern der Duborg-Skolen gestaltet und erinnert an die 1600 dänischen Gefangenen aus dem Internierungslager Fröslee, die 1944/45 in deutsche Konzentrationslager deportiert wurden. 220 von ihnen fanden dort den Tod.

Zum 10-jährigen Jahrestag wurde jetzt eine neue Informationstafel eingeweiht, die in deutscher, dänischer und englischer Sprache und mit Bildern versehen an die damaligen Ereignisse erinnert. Bürgermeister Wolfgang Buschmann begrüßte die deutschen und dänischen Teilnehmer, und Angelina Dürkop, eine der Schülerinnen, die das in seiner Gestaltung sehr bewegende Denkzeichen 1998 mit entworfen und ausgeführt hatte, hielt einen ergreifenden Rückblick. „Die intensive Beschäftigung mit dem Mahnmal hat etwas in uns gepflanzt“, erkannte die damalige Schülerin. „Es hat unser Leben beeinflusst“.

## Der lange Winter in Springhirsch

In Kürze wird ein Buch erscheinen, das das KZ-Außenkommando Kaltkirchen zum Thema hat. Es erscheint unter dem Titel „Der lange Winter in Springhirsch“.

Damit wird endlich der eigentliche Hauptgegenstand der KZ-Gedenkstätte Kaltkirchen in Springhirsch in einem Buch zusammengefasst dargestellt. Es berichtet nicht nur über das damalige Lager, über die mit ihm verbundenen Lebensschicksale von Opfern und Tätern und über seine Einbindung und Akzeptanz in der Region, sondern auch über die spannende Entwicklung der Gedenkstätte selbst.



## Flensburger Sinti in der NS-Zeit:

# Abgeschoben, deportiert, ermordet

## Gedenktafel am Haus Norderstraße 104

Die Sinti und Roma, stigmatisierend als „Zigeuner“ bezeichnet, gehören zu den vergessenen Opfern des Nationalsozialismus, und dies auch in Flensburg. Über Generationen hinweg ausgegrenzt, wurden sie nach der NS-Machtübernahme 1933 erst gettoisiert, dann in die Arbeits-, Konzentrations- und Vernichtungslager deportiert. Mindestens 500 000 Angehörige dieser Volksgruppen, Männer, Frauen und Kinder, starben in Auschwitz-Birkenau, Treblinka, Belzec, Siedlce oder Kielce.

In Flensburg waren nur Sinti ansässig. Wie viele von ihnen ermordet wurden, ist bis heute nicht bekannt. Stellvertretend für alle Opfer erinnert jetzt



Die von dem Bildhauer und Grafiker Siegbert Amler gestaltete Bronzetafel wurde am Samstag, 2. August 2008 um 14.00 Uhr in einer Gedenkveranstaltung vor dem Haus Norderstraße 104 der Öffentlichkeit übergeben.

eine Bronzetafel am Haus Norderstraße 104 an das Schicksal von sechs Menschen: Karl Weiß (geb. 1872), Antonie Weiß (geb. 1875), Amalie Weiß (geb. 1900), Rosine Weiß (geb. 1899), Selma Weiß (geb. 1901) und Christof Weiß (geb. 1922). Sie wohnten inmitten eines großen Familienverbandes viele Jahre in diesem städtischen Gebäudekomplex, der Häuser der nördlichen Seite der Norderfischerstraße mit einbezog und über einen langen, verwinkelten Innenhof verfügte. Fotografien aus den 1920er und 1930er Jahren dokumentieren, wie ärmlich die Lebens- und Wohnsituation der Sinti-Familien in diesem Quartier war.

Als die Stadt durch ihre Wohnungsbau-gesellschaft diese menschenunwür-

digen Häuser, die zum Teil aus dem 17. Jahrhundert stammten, Mitte der 1930er Jahre abreißen und durch Neubauten ersetzen lassen wollte, mussten die Wohnungen geräumt werden. Die Sinti-Familien wurden 1935 an den südlichen Stadtrand zwangsumgesiedelt. Ihnen wurden in der Valentinerallee primitive Notquartiere zugewiesen. Eine Rückkehr in die Norderstraße 104 nach Errichtung der neuen, für die damalige Zeit fortschrittlich ausgestatteten Wohnhäuser wurde ihnen verwehrt. Das Adreßbuch weist die Unterkünfte in der Valentinerallee als „Zigeunerwohnungen“ aus. Der gesellschaftlichen Ächtung war damit auch die räumliche Ausgrenzung der Sinti gefolgt.

„Nach Hamburg abgeschoben“ – so umschrieb das städtische Einwohnermeldeamt die Verschleppung der Flensburger Sinti 1940 in ein Sammel-lager, das in einem Schuppen im Hamburger Hafen errichtet worden war. 910 für die Deportation bestimmte Sinti und Roma aus Norddeutschland wurden dort interniert, darunter etwa 50 aus Flensburg. Sie mußten sich in entwürdigender Weise einer „Entlausung“ unterziehen und wurden anschließend unter Polizeiaufsicht zu einem Güterzug geführt, der sie in das okkupierte Polen bringen sollte. Dort, so hatte man ihnen vorgegaukelt, würden sie Land, ein Haus und Vieh für einen Neuanfang erhalten. Tatsächlich wollten die Nationalsozialisten die „Zigeunerfrage“ jedoch ganz anders „lösen“: Sie seien, hieß es, „wie die Juden zu behandeln“, also zu vernichten.

Der Transport ging über Warschau und Lublin zunächst nach Belzec, einer kleinen Stadt unweit der Demarkationslinie zwischen dem deutsch und dem sowjetisch besetzten Polen. Dort wurden die inzwischen völlig entkräfteten Menschen zu schwerster Zwangsarbeit herangezogen. „Vernichtung durch Arbeit“ – so lautete die Strategie der Nationalsozialisten. Viele der Verschleppten starben, darunter – innerhalb von nur drei Monaten – neun Mitglieder der Flensburger Sinti-Familie Weiß. Einigen wenigen



gelang es, in den Wirren der letzten Kriegsmonate nach Flensburg zurück-zukehren. Die meisten hingegen wurden von „Hölle zu Hölle“ geschickt, wie Überlebende berichteten: nach Petrikau, nach Siedlce, nach Kielce oder nach Auschwitz, wo die Deutschen ein riesiges „Familien-Zigeuner-lager“ errichtet hatten.

Das Gedenkbuch für die in Auschwitz-Birkenau umgebrachten Sinti und Roma nennt zehn aus Flensburg stammende Opfer. Mehrere Mitglieder der Familie Weiß wurden in der Gegend von Kielce nördlich von Krakau getötet. Ihnen und allen anderen während der NS-Zeit ermordeten Flensburger Sinti ist die Gedenktafel in der Norderstraße gewidmet.

### Literaturhinweise

Björn Marnau/Stephan Linck: „Im Januar 1944 in Kielce/Polen verstorben.“ Die Flensburger „Zigeuner“ in den Jahren 1922 bis 1945, in: Stadtarchiv Flensburg/Institut für Zeit- und Regionalgeschichte Schleswig/Universität Flensburg (Hrsg.): Ausgebürgert. Ausgegrenzt. Ausgesondert. Flensburger Beiträge zur Zeitgeschichte, Band 3, Flensburg 1998, S. 190-222. Viviane Wünsche/Uwe Lohalm/Michael Zimmermann: Die nationalsozialistische Verfolgung der Hamburger Roma und Sinti, Hamburg 2002.

Michael Zimmermann: Rassenutopie und Genozid – Die nationalsozialistische „Lösung der Zigeunerfrage“, Hamburg 1996.

Staatliches Museum Auschwitz-Birkenau/Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma (Hrsg.): Gedenkbuch. Die Sinti und Roma im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau, zwei Bände, München 1993.

Romani Rose (Hrsg.): Der nationalsozialistische Völkermord an den Sinti und Roma, Heidelberg 1995.



# „Das KZ war mitten im Dorf“

sagte Heide Linde-Lembke vom Verein „Chaverim“ (Freundschaft mit Israel) bei der Einweihung einer neuen Informationstafel am Gedenkstein Wittmoor in Norderstedt. Die Tafel soll an das Konzentrationslager Wittmoor in Norderstedt-Glashütte erinnern, das Anfang 1933 auf dem Gelände der ehemaligen Torffabrik errichtet wurde.

Es war das erste KZ im Hamburger Bereich. Das Arbeitslager, in dem politische Gefangene, Juden, Homosexuelle und Transvestiten inhaftiert waren, bestand bis Oktober 1933. Viele der Häftlinge wurden von hier aus über das berühmte „Kolafu“ in Hamburg in Vernichtungslager wie Auschwitz deportiert.

„Alle haben es sehen können, was damals in Glashütte passierte“, sagte der 1. Stadtrat Thomas Bosse auf der Veranstaltung. „Das Schicksal der



Inhaftierten macht einen sprachlos. Umso nötiger ist es, dass jetzt endlich hier diese Tafel steht. Es ist wichtig, dass die Stadt, aber auch Gruppen wie die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes darauf bestehen, dass man sich erinnert“.

## Termine

**21.10. um 11.45**, Landesbüro Kiel  
Geschäftsführender Landesvorstand

**25.10. um 14 Uhr**, DGB-Haus Neumünster  
Antifa-Treffen auf Landesebene

**7. November, 17 Uhr**, Geschwister-Prenski-Schule in Lübeck  
Gemeinsame Veranstaltung der VVN-BdA und der Schule zum 70. Gedenktag an die „Reichskristallnacht“ 1938

**9. November, 11.15 Uhr**  
Kranzniederlegung am KZ-Gedenkstein Rissener Straße in Wedel anschließend antifaschistischer Stadtrundgang  
u.a. zum Thema Euthanasie, Heimtückegesetz und Auflösung der Arbeitersportvereine

**6./7. 12.** Friedensratschlag in Kassel  
Näheres bei Meimberg, Tel. 14543-7107

### Kontakt:

- ▼ Schleswig-Holstein: Hartmut Büchsel, Lusthof 24, 24376 Kappeln [vvn-bda-sh@t-online.de]
- ▼ Kiel: Christel Pieper, Lindenstr. 9, 24118 Kiel [vvn-bda-kiel@gmx.de]
- ▼ Flensburg: Ludwig Hecker, Schulze-Delitzsch-Str. 44, 24943 Flensburg
- ▼ Neumünster: Heiner Wadle, Looper Weg 25, 24536 Neumünster
- ▼ Norderstedt: Karin Nieswandt, Kastanienweg 5, 22846 Norderstedt [snieswandt@wt.net.de]
- ▼ Kreis Pinneberg: Günther Wilke, Hasenkamp 8, 22880 Wedel [guentherwilke@web.de]
- ▼ Wedel: Maria Rave, Dorfstr. 9a, 25495 Kummerfeld
- ▼ Barmstedt: Dr. Günther Thiel, Meßhorn 38, 25355 Barmstedt
- ▼ Rendsburg/Eckernförde: Hartmut Büchsel, Lusthof 24, 24376 Kappeln [vvn-bda-sh@t-online.de]
- ▼ Elmshorn: Sonja Stein, Saarlandhof 29, 25335 Elmshorn
- ▼ Dithmarschen: Klaus Looft, Bäckerweg 4, 25719 Barlt
- ▼ Itzehoe: Volker Blaschke, Stormstr. 13, 25524 Itzehoe [v.blaschke@web.de]
- ▼ Lauenburg/Lübeck: Lore Meimberg, Dorfstr. 16, 23898 Sirksfelde [lobemeimberg@t-online.de]

**Neofakommission Küste**  
[[www.kueste.vvn-bda.de](http://www.kueste.vvn-bda.de)]

V.i.S.d.P.: Marianne Wilke; Satz und Druck: Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung in Schleswig-Holstein und Hamburg, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040-43188820

**Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten e.V. ist die älteste und größte antifaschistische Organisation in Deutschland und steht für ein Leben ohne Krieg und Faschismus.**

- Ich interessiere mich für die Arbeit der VVN-BdA. Name: .....
- Bitte schicken Sie mir Informationsmaterial.
- Ich unterstütze die Arbeit der VVN-BdA mit einer einmaligen/regelmäßigen Spende von ..... Euro\*.
- Bitte schicken Sie mir eine Spendenbescheinigung
- Ich möchte Mitglied der VVN-BdA werden.
- Adresse: .....
- .....
- .....



Bitte einsenden an:

**VVN-Bund der Antifaschisten e.V. - LV Schleswig-Holstein**

Lindenstr. 9, 24118 Kiel, Tel.: H. Büchsel, 04642-4736, Fax: M. Wilke, 04103-180200, E-Mail: vvn-bda-sh@t-online.de

\* Gemeinnütziges Spendenkonto: VVN-Bund der Antifaschisten e.V., VR Bank Flensburg-Schleswig e.G.  
BLZ 216 617 19, KNR 4332970